

Hauptstadt-Bulletin

Erleichterungen für Einreise nach Deutschland beschlossen

Die bisherigen strengen Grenzkontrollen bei der Einreise nach Deutschland werden ab dem 16. Mai 2020 deutlich gelockert. Demnach werden alle Grenzübergänge wieder passierbar gemacht und nur noch stichprobenartig Kontrollen durchgeführt. Für den Grenzübertritt werden weitere Ausnahmen aus familiären und persönlichen Gründen ermöglicht. Die angekündigten Lockerungen sind für das Dreiland von hoher Bedeutung. Weitere Lockerungen, z.B. die Erweiterung der Personenkreise, für die eine Einreise nach Deutschland ohne die Angabe eines triftigen Grundes möglich gemacht wird, sind in Planung. „Ein schrittweises Vorgehen, das den Infektionsschutz angemessen berücksichtigt und sich synchron verhält zu den inländischen Lockerungen sowie zu den Maßnahmen der Nachbarländer, ermöglicht eine Normalisierung für alle Menschen in den Grenzregionen“, so Armin Schuster.



Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2009 bin ich Mitglied im Deutschen Bundestag und ich habe das Gefühl, dass wir uns seitdem von Krise zu Krise bewegen. Es begann 2009 mit der Finanzkrise, die sich auf die globale Wirtschaft ausweitete. Kurz darauf folgte die Euro-Schuldenkrise in den Jahren 2010 bis 2014, in deren Verlauf u.a. Milliardenhilfen für Griechenland beschlossen wurden. Ab dem Jahr 2015 dominierte die Flüchtlingskrise die Politik und Gesellschaft. Bis heute beschäftigen wir uns mit den Folgen der damals getroffenen Entscheidungen. Innerhalb der Koalition, sogar innerhalb unserer Unions-Fraktion kam es zu Krisen, die uns in den Grundfesten erschütterten. Das war nur eine kleine Auswahl der Herausforderungen, die mich bislang begleiteten. Ob das, was wir jetzt mit der Corona-Krise erleben, die anderen in den Schatten stellt ist noch nicht ausgemacht. Die Folgen werden wir aber noch voraussichtlich Jahre zu spüren bekommen. Gleichzeitig erfahren wir hohes Vertrauen des übergroßen Teils der Bevölkerung in das Krisenmanagement der Bundesregierung und besonders der Unions-Politiker. Dass Deutschland so gut dasteht und von vielen internationalen Partnern erneut als beispielhaft in der Bewältigung der Pandemie angesehen wird, liegt auch daran, dass wir als Union die nötigen Erfahrungen und Fähigkeiten besitzen. Mit dem Vertrauen der Bevölkerung im Rücken steuern wir, besonders in Krisen, das Schiff Bundesrepublik Deutschland sicher durch stürmische Zeiten.

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Entscheidung zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Die Mehrheit des Bundestages hat in dieser Woche aus Anlass der Coronakrise in zweiter und dritter Lesung weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes beschlossen. Es wird eine dauerhafte Meldepflicht für Erkrankung an und Genesung von COVID-19 eingeführt; auch negative Labortests müssen künftig gemeldet werden. Damit wird die Analyse des jeweils aktuellen Infektionsgeschehens verbessert. Weiterhin wird der öffentliche Gesundheitsdienst und damit v.a. die rund 375 Gesundheitsämter in ganz Deutschland durch den Bund finanziell unterstützt. Zudem wird die Fortführung der Ausbildung und Prüfung in Gesundheitsberufen auch in Pandemiezeiten geregelt. Testungen in Bezug auf Covid-19 werden Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Zudem umfasst das Gesetz eine Verpflichtung für Pflegeeinrichtungen, ihren Beschäftigten gestaffelte Sonderleistungen (Pflegebonus) zu zahlen.

Erster Teil einer Diskussionsreihe über Rechtsextremismus

Am Donnerstagabend war Armin Schuster zu Gast bei der Auftaktveranstaltung einer Diskussionsreihe des Vereins für deutsch-jüdische Positionen WertInitiative. Thema des Podiums war das Anwachsen rechtsextremistischer und antisemitischer Tendenzen in der Gesellschaft. "Das Internet darf nicht länger als Nährboden für die Verbreitung von Hasspostings und rechter Hetze missbraucht werden. Gesetzgeberisch arbeiten wir an einer Meldepflicht für solche Postings beim Bundeskriminalamt, um strafbare Inhalte besser verfolgen zu können", stellt Armin Schuster fest. Mit ihm auf dem Podium saßen Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang, die innenpolitische Sprecherin der Grünen Irene Mihalic sowie der Rechtsextremismusforscher Dr. Volker Weiß. Moderiert wurde die Veranstaltung hochkarätig durch Ronen Steinke von der Süddeutschen Zeitung.



360° Teil 1 der Diskussionsreihe:
Rechtsextremismus

WertInitiative.
jüdisch-deutsche Positionen

In Kooperation mit:
LIB
KDD
Zentrum
Liberaler
Moderne

© 2020 WertInitiative e.V. | www.wertinitiative.de

Staatsverschuldung: Deutschland kann es verkraften

Nach Jahren der schwarzen Null und Milliardenüberschüssen in den öffentlichen Kassen ist eine Neuverschuldung aufgrund der Corona-Krise für die Bundesrepublik unausweichlich. Dank der bis zuletzt positiven Finanzentwicklung ist der Staat dafür aber gut gerüstet. Kurzarbeitergeld, unbegrenzte Kredite, Soforthilfen – in den vergangenen Wochen hat die Bundesregierung im Rekordtempo beispiellose Hilfsmaßnahmen verabschiedet. Damit steht der Finanzpolitik eine Zeitenwende bevor, in der die Kosten der Corona-Krise die Nettoneuverschuldung des Bundes in ungewohnte Höhen treiben werden. Dafür sind nicht nur die zusätzlichen Ausgaben verantwortlich, sondern auch die wegbrechenden Einnahmen. So rechnen Bund und Länder mit jeweils rund zehn Prozent weniger Steuereinnahmen für das laufende Jahr, wodurch sie jeweils auf etwa 34 Mrd. Euro verzichten müssen. Gleichzeitig sind enorme Ausgaben zur Eindämmung der Pandemie und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen erforderlich. Für das laufende Jahr hat der Bund bereits 122,5 Mrd. Euro gebilligt. Insgesamt benötigt Deutschland wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie schätzungsweise 260 Mrd. Euro zusätzlich.

Schrumpft nun die Wirtschaftsleistung um 5% und berücksichtigt man die im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds erteilten Kreditermächtigungen, könnte die deutsche Staatsschuldenquote im Jahr 2020 auf rund 75% steigen. Zum Vergleich: im Jahr 2019 erfüllte die Schuldenquote mit rund 60% noch das Maastricht-Kriterium. Doch wie gravierend wäre eine Neuverschuldungsquote von 75%? Sie würde zwar die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte um einige Jahre zurückwerfen. Allerdings wären diese dann immer noch in einem besseren Zustand als nach der Finanzkrise. Somit macht sich die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre jetzt bezahlt – der Staat verfügt dadurch über eine große Handlungsfähigkeit. Dies gilt allerdings nur, wenn sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Laufe des Jahres wieder normalisiert und die Krise nicht über 2020 hinausreicht. (Quelle: iwd, #10/2020)

HINWEIS

Trotz der Corona-Beschränkungen bleiben die Büros von Armin Schuster besetzt. Wir sind gerne für Sie erreichbar. Aktuelle Hinweise werden regelmäßig auf der Facebook-Seite unter dem Stichwort „Update #Corona“ veröffentlicht: <https://www.facebook.com/armin.schusterMdB/>